

nete Vorschläge und Verbesserungsmaßnahmen auszuarbeiten. Auf diesem Gebiet soll ihre Initiative breit entfaltet werden. Aber auch das genügt noch nicht. Notwendig ist die Bildung von Arbeitsausschüssen zur Organisierung und Bearbeitung solcher Vorschläge, die entsprechend belohnt werden sollten, wenn ihre Anwendung eine wesentliche Verbesserung der Produktion und in ihrer Technik herbeiführt.

In volkseigenen Betrieben sind viele neue Fachkräfte notwendig, Fachleute für die leitenden Funktionen im Betrieb, wie auch Fachkräfte innerhalb der Arbeiterschaft. Die volkseigenen Betriebe sollten selbst solche Möglichkeiten zur Heranschulung von Fachkräften schaffen. Was die leitenden Positionen im Betriebe betrifft, so werden wir gewiß alle bisherigen Fachleute gebrauchen, die sich ehrlich zur Verfügung stellen. Darüber hinaus aber darf nichts unterlassen werden, aus den Belegschaften selbst einen neuen Stamm von solchen führenden Fachleuten heranzuschulen.

Allen diesen Aufgaben hat die Parteigruppe im volkseigenen Betrieb ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Sie muß die Belegschaft unausgesetzt über den politischen Inhalt des Ringens aufklären, muß ständig und laufend die Lage im Betrieb untersuchen, muß zu den Schwierigkeiten Stellung nehmen, der Belegschaft geeignete Vorschläge unterbreiten. Sie soll die Arbeit der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb in dieser Richtung befruchten.

Dabei soll die Erreichung einer guten Rentabilität der volkseigenen Betriebe keineswegs auf Kosten der Arbeitsbedingungen und Sozialeinrichtungen vor sich gehen. Im Gegenteil, mit steigender Rentabilität wird auch die Voraussetzung für eine immer bessere Gestaltung der Arbeits- und Sozialleistungen im Betrieb geschaffen. Unmittelbar aber muß die ausreichende Versorgung der Belegschaft durch Betriebsküchen und Verkaufsstellen im Betrieb, wie auch die Einrichtung von betrieblichen Kindergärten zur Entlastung der arbeitenden Frau in Angriff genommen werden. Die volkseigenen Betriebe sollen auch in sozialer Beziehung führend und vorbildlich sein.

Der FDGB hat vor kurzem in allen fünf Ländern der sowjetisch besetzten Zone besondere Konferenzen seiner Funktionäre in den volkseigenen Betrieben durchgeführt. Dort sind in ähnlicher Weise wie in diesem Artikel die Aufgaben der Belegschaften der Volksbetriebe behandelt worden. Die Konferenzen haben einmütig diesen Aufgaben zugestimmt und haben auch schon ihre Auswirkung gezeigt. Für die anlaufende Zuckerrübenkampagne 1947/48 haben Betriebsrat und Betriebsleitung der landeseigenen Zuckerfabrik Thüringswerder mit den übrigen Zuckerfabriken des Landes Brandenburg, und zwar in Voßberg, Prenzlau, Nauen und Ketzin, einen Wettbewerb vereinbart. Neben sozialen Betriebsverbesserungen sind niedrigster Brennstoff- und Stromverbrauch und die vorzeitige Erfüllung des Produktionssoils die Ziele des Wettbewerbs.

Ein anderes Beispiel ist der Aufruf der Belegschaften von acht sächsischen volkseigenen Betrieben in Sachsen. Darin werden alle Belegschaften der Volksbetriebe Sachsens aufgefordert, den Monat Oktober zum Initiativmonat zu machen, um Arbeitsmoral und Produktion zu steigern und Wettbewerbe zu organisieren. Am Ende des Monats solle man in allen Volksbetrieben Sachsens Belegschaftsversammlungen unter dem Motto: „Der deutsche Weg aus der Not“ durchführen, die Produktion mit dem Vormonat vergleichen, Gegenpläne aufstellen.“ Die volkseigenen Betriebe müßten zu Bollwerken der Einheit und des demokratischen Aufbaus werden.

Der FDGB hat damit einen Aufschwung seiner gewerkschaftlichen Arbeit in den volkseigenen Betrieben eingeleitet. Der Bundesvorstand des FDGB hat diese Beschlüsse in seiner letzten Sitzung bestätigt und ausgebaut. Der FDGB bewies damit, daß er die große Bedeutung der Entwicklung der volkseigenen Betriebe im Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft und damit Deutschlands in vollem Umfange begreift. Aber unter den Gewerkschaftern müssen unsere Genossen im Betrieb als politische und damit klarste und zielbewußte Vorkämpfer einer neuen und besseren Wirtschaftsform in der Mobilisierung der Belegschaften und in der Weckung ihrer Initiative entschlossen und ohne Schwanken vorangehen.

FELIX KADEN

*Li*HakmnOsaussakissa und*

im Landesblock der antifaschistisch-demokratischen Parteien im Lande Sachsen konnte festgestellt werden:

Im 3. Quartal 1947 ist es der sächsischen Wirtschaft seit 1945 zum erstenmal gelungen, alle planmäßigen Lieferverpflichtungen (mit Ausnahme von Schuhwaren) gegenüber den Ländern der Ostzone und der sächsischen Bevölkerung voll zu erfüllen. Die Zusage, den Bauern für die Abgabe der freien Spitzen aus der landwirtschaftlichen Produktion als Prämie landwirtschaftliche Gebrauchsartikel im Wertanteil von 30 Prozent zu liefern, kann auf volle 100 Prozent erhöht werden.

Die von der Regierung durchgeführte scharfe Kontrolle der industriellen Fertigung im Verhältnis zu den Rohstoffzuweisungen und das neue Meldesystem hat einen bedeutenden Zufluß industrieller Erzeugnisse ergeben. Eine im Monat August vom Landesblock der politischen Parteien und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) eingeleitete Aktion zur Hebung der Arbeitsdisziplin und Wirtschaftsmoral in den Betrieben sowie die Auswirkungen der Tätigkeit der Dorfernaährungsausschüsse und industriellen Kontrollausschüsse haben eine gewisse Verstopfung der Schwarzhandelskanäle herbeigeführt. Kontrollen der Warentransporte auf den Landstraßen und Eisenbahnen haben zu diesem Ergebnis wesentlich beigetragen. Nun heißt es, auf dem begonnenen Wege weiter vorwärtszuschreiten.

Wie kamen die bisherigen Ergebnisse zustande?

Die Erfüllung des Abgabesolls der Landwirtschaft stieß im Jahre 1946 wegen der vorverlegten Termine auf Schwierigkeiten.* Bauern wurden deshalb bestraft. Im Sächsischen Landtag stellte die SED-Fraktion daher den Antrag, aus den Reihen der Blockparteien, des FDGB und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhüfe (VdgB) dörfliche Ausschüsse zu schaffen, die gutachtlich festzustellen hatten, ob die Bestrafungen der Bauern zu Recht oder zu Unrecht erfolgt waren. Weiter wurde ihnen die Aufgabe gestellt, die Verwaltung in der landwirtschaftlichen Anbauplanung, Feldbestellung, Ernteeinbringung, Sollablieferung zu unterstützen und zur Behebung sonstiger dörflicher Schwierigkeiten beizutragen. Die Regierung ordnete an, solche Ausschüsse zu schaffen, überall, wo die Ausschüsse ihre Aufgaben richtig begriffen, haben sie geholfen, viele Schwierigkeiten zu überwinden.

Die mageren Ernteergebnisse des Jahres 1947 sowie die Sorgen um die rechtzeitige Ablieferung des Solls und um die Vermeidung der Fehler des Jahres 1946 sowie schließlich überhaupt die Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung, der großen sächsischen Bevölkerung zwangen dazu, den Aufgabenkreis dieser Ortsausschüsse zu erweitern. Sie wurden unter *Einbeziehung von Vertretern aller demokratischen Massenorganisationen in Ernährungsausschüsse umgewandelt*. Gleichzeitig galt es, das Abfließen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vor und nach der Soll-erfüllung durch Kompensationsgeschäfte oder auf anderen unzulässigen Wegen zu unterbinden. Das setzte voraus, erst einmal eine bessere Ordnung in die Erfassung der industriellen Produktion zu bringen. Diese Aufgabe übernahm der FDGB durch die Schaffung von *Kontrollausschüssen in den Betrieben*. Wenn es den Fabriken nicht mehr gestattet werden konnte, für ihre Betriebsküchen Industrielle Waren in Agrarprodukte auszutauschen, dann ergab sich daraus die Notwendigkeit, die industrieküchen regulär mit landwirtschaftlichen Produkten zu versorgen. Eines zog das andere nach sich. Zur zentralen Leitung der Arbeit und zur Erfüllung der gestellten Aufgaben ist ein *Landesernährungsausschuß* geschaffen worden, der vom Landesblock der antifaschistisch-demokratischen Parteien mit besonderen Vollmachten ausgestattet wurde. In den Kreisen entstanden *Kreisernährungsausschüsse*, denen besonders die Unterstützung der oft schwerfälligen *Ortsernährungsausschüsse obliegt*.

Das schwerste Gewicht ist auf die Kontrolle der Produktion im Betrieb selbst zu legen. Die treibende Kraft soll die Betriebsgruppe unserer Partei im Betrieb sein. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es dort, wo der Betriebsgruppenvorsitzende ein politisch